





Nachhaltige Entlastung der Mittelschicht

Die CDA, MIT und JU Köln fordern die CDU Köln dazu auf, auf Bundesebene eine Reform der Spitzensteuersatzregelung herbeizuführen

Ziel: Durch eine systematische Reform des Spitzensteuersatzes soll der Steuerzahler spürbar entlastet werden.

Anlrag.

Die CDU Köln beschließt:

Der Spitzensteuersatz von 42% soll erst ab dem 5-fachen des Durchschnittseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden. Eine dementsprechende Anpassung soll mindestens alle 2 Jahre erfolgen.

Begründung

Im Jahr 1960 wurde der damalige Spitzensteuersatz ab dem 18-fachen des Durchschnittsgehalts fä!lig. Inflationsbereinigt entspräche das heute einem Jahresbrutto von über 200.000 € und traf somit nur die wirklichen Spitzenverdiender. Die aktuelle Grenze von 53.666 €, ab der der Spitzensteuersatz von 42% erhoben wird, entspricht gerade einmal dem 1,6-fachen des Durchschnittseinkommens in Deutschland (Durchschnittseinkommen 2016: 33.396 €) und trifft somit bereits die Mitte der Gesellschaft. In Anbetracht der stetig steigenden Steuereinnahmen und der Tatsache, dass die staatlichen Haushalte in den letzten Jahren immer höhere Überschüsse zu verzeichnen hatten, erscheint hier eine Anpassung zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen angebracht. Bei einer Erhöhung der Bemessungsgrenze auf das 5-fache des Durchschnittseinkommens wurde erst ab einem Jahresbrutto von 166.000 € der Steuersatz von 42% fällig. So wäre eine Verschiebung hin zu den tatsächlichen Spitzenverdienern gewährleistet. Darüber hinaus wurde sich die gesamte Einkommenssteuerkurve abflachen und so auch bereits niedrige Einkommen entlasten und der kalten Progression entgegenwirken.

Gez.:

Uwe Kaven Vorsitzender CDA Köln Karl Alexander Mandl Vorsitzende r MIT Köln Felix Spehl Vorsitzender JU Köln



Antrag der Jungen Union Köln

Die Junge Union Köln fordert die CDU Köln dazu auf, den folgenden Antrag zu ihrer Beschlusslage zu machen:

Die CDU Köln spricht sich für die Stärkung des ehrenamtlichen Engagement aus.

Wir fordern die Stadt Köln auf das bisherige gute Konzept des Ehrenamtstages weiter zu entwickeln und darüber hinaus die Schulen und alle anderen Förderer des Ehrenamtes zu unterstützen, die Kommunikation von vorhandenen Angeboten und Möglichkeiten zum ehrenamtlichen Engagement zielgerichtet dort durchzuführen, wo junge Menschen anzutreffen sind. Dies können z. B. Schulen, Freizeitorte, Veedelsfeste und natürlich die digitalen Medien sein. Als erste Maßnahme fordern wir, dass die Stadt Köln die Einführung eines jährlichen Aktionstages für das Ehrenamt in allen Schulen des Stadtgebietes anstößt.

Begründung:

Eine der wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft ist das Engagement von Bürgern in ehrenamtlichen Tätigkeiten. Das gegenseitige Unterstützen, das Einsetzen für unsere Mitbürger und das Beleben unseres Zusammenlebens verbindet uns Menschen und entwickelt unsere Demokratie. Ehrenamtler tun dies alles unentgeltlich. Einfach, weil sie ihren Einsatz als richtig und wichtig ansehen!

Wir als christdemokratische Partei nehmen unsere Verantwortung in der Gesellschaft wahr und setzen uns für den Erhalt und die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements - gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – ein. Da das Ehrenamt vor Ort, vor der Haustür jedes Einzelnen anfängt, muss die Ansprache vor Ort passieren. Insbesondere den Schulen muss hierbei eine besondere Verantwortung zukommen.

Ehrenamtliche investieren viel Zeit in ihr Engagement. Das tun sie zusätzlich zu ihrer normalen Tätigkeit als Schüler, Student und junge Arbeitnehmer. Diesen großen Beitrag für die Gesellschaft erkennen wir wertschätzend an. Wir sind davon überzeugt, dass dieses gesellschaftliche Engagement Dank und Anerkennung verdient.

Antrag des Parteivorstandes der CDU Köln

Der Kreisparteitag der CDU Köln möge beschließen:

Pflegenotstand in Köln

Stationäre Pflege

Der Pflegenotstand ist bereits eingetreten, in Köln finden Betroffene kaum noch einen Platz in der stationären Pflege. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Bis 2030 fehlen ca. 2000 vollstationäre Pflegeplätze. Dies entspricht 25 Stationären Einrichtungen (80 Plätze pro Heim). Es gibt keine hierfür ausgewiesenen Liegenschaften. Neben der geforderten Synchronisierung der Verwaltungsarbeit mangelt es an Grundstücken, auf denen Heime gebaut werden können. <u>Der Kreisparteitag verweist den Antrag an die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln mit dem Ziel die Verwaltung zu beauftragen:</u>

- Zu prüfen, wie städtische Grundstücke für Pflegeeinrichtungen gesichert werden können, analog denen, die für Schulbauten reserviert sind.
- Zu prüfen, ob und wie bei neuen Flächenentwicklungen Grundstücke ebenfalls für den Bau von Pflegeeinrichtungen gesichert werden können.
- Zu prüfen, wie die Baugenehmigungsverfahren für aktuelle Projekte beschleunigt werden können.

Ende 2018 hat die Verwaltung eine Bestandsaufnahme vorgelegt. Derzeit wird hieraus eine Bedarfsplanung entwickelt. In diesem Rahmen sollen auch folgende Fragen geklärt werden:

- Wo besteht der Bedarf (lokalisieren)?
- Welche Liegenschaften stehen dort für eine stationäre Einrichtung zur Verfügung?

Ambulante Pflege

Kernproblem ist derzeit der akute Fachkräftemangel, so dass immer häufiger Anfragen von Betroffenen zurückgewiesen werden müssen. Da die ambulante Pflege nach Marktgesetzen abläuft, sind viele Anbieter stadtweit tätig. Dies führt oft dazu, dass Pflegekräfte bis zu 30 Prozent ihrer Arbeitszeit im Auto unterwegs sind. Es wird angeregt, ein Modellprojekt zu initiieren, bei dem ein regionaler Schwerpunkt gebildet wird, um die Fahrzeiten zu reduzieren. Hier bietet sich ein regional leicht abgrenzbarer Raum z. B. am Stadtrand als Modellregion an.

Wohngemeinschaft als Zwischenform zwischen ambulant und stationär

Initiierung eines Modellprojekts. Ältere Menschen , die in einem gemeinsamen Quartier, aber unabhängig in eigenen Wohnungen / Häusern leben zu begeistern gemeinsam in ein Haus zu ziehen. Dies wäre eine Win-Win-Situation für alle. Die Belastung Haus / Garten wird aufgeteilt, die Kommunikation und die gesellschaftliche Teilhabe wird gefördert. Dabei sollten Möglichkeiten zwischen ambulanter und stationärer Pflege dringend genutzt werden.

Λ

Kurzzeitpflege

Es besteht ein dramatischer Mangel an Plätzen. Bei unerwartetem Ausfall einer Pflegeperson (Ehepartner/ Familienangehörige/ Nachbarn u.a.) oder bei unerwarteter Entlassung aus dem Krankenhaus besteht nur eine geringe Chance einen Kurzzeitpflegeplatz zu bekommen. Ursache für diese Situation sind die finanziellen Rahmenbedingungen, die Einrichtungen der Kurzzeitpflege unwirtschaftlich machen. Die bisherigen rechtlichen Rahmenbedingungen sehen eine Auslastung von 80 % vor.

Um ausreichen flexibel auf Bedarfe in der Kurzzeitpflege reagieren zu können, fordern wir eine deutliche Absenkung der gesetzlichen Auslastungsquote.

Begründung:

Die Pflegesituation in Köln ist dramatisch. Aufgrund der bekannten demografischen Entwicklung ergibt sich eine steigende Zahl der Pflegebedürftigen, auch ein steigender Bedarf an Versorgungsangeboten in der ambulanten wie stationären Pflege. Dabei sind alle stationären Einrichtungen ausgelastet, es gibt keine freien Plätze, zunehmend lange Wartelisten und das Abweisen von Klientinnen und Klienten sind an der Tagesordnung. Gleichzeitig sinkt die verfügbare Platzzahl in Köln aufgrund von gesetzlichen Veränderungen und den dadurch notwendig gewordenen Umbau von Einrichtungen stetig weiter, während die Zahl der zu versorgenden Menschen kontinuierlich steigt. Eine Folge davon ist es, dass eine quartiersbezogene Versorgung häufig nicht mehr stattfinden kann und Pflegebedürftige Einrichtungen im Umland aufsuchen müssen. Eine Wahlfreiheit besteht de facto nicht mehr, weder mit Sicht auf eine stationäre Versorgung, noch in der Wahl eines ambulanten Pflegedienstes.



EUROPA BRAUCHT DEN EINSATZ DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER.

Beschluss des Kreisparteitages der CDU Köln vom 13.05.2019

I. Europa braucht den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger.

Europa braucht den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger. Angesichts wachsender linksund rechtspopulistischer Bewegungen in vielen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union,
einer Europafeindlichkeit, die auf Abschottung und nationale Egoismen setzt, und angesichts des unmittelbar bevorstehenden Austritts Großbritanniens aus der EU treten wir
Kölner Christdemokratinnen und Christdemokraten für mehr Europa ein. Für mehr Europa,
weil große Herausforderungen unserer Zeit im nationalen Kontext allein nicht mehr bewältigt werden können. Dabei ist auch dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung zu tragen.

Hinzu kommt: Wir Kölnerinnen und Kölner profitieren in hohem Maße von den offenen Grenzen innerhalb Europas. Schließlich ist unsere Wirtschaft insbesondere mit Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Frankreich eng vernetzt. Schüler und Studierende, Touristen und Kulturschaffende, Arbeitnehmer und Unternehmer nutzen und erleben diese Länder und ganz Europa als einen einzigen Wirtschaft-, Arbeits- und Lebensraum. Ihn wollen wir für die Menschen bewahren.

II. Europa wird auch in Köln gemacht.

Europa wird nicht allein in Brüssel gemacht. Um Europa stark zu machen, kommt es auch auf die Kommunen an. Köln hat mit seinen zahlreichen Städtepartnerschaften, den acht Europaschulen und der Auszeichnung als "europaaktive Kommune" das Potenzial, seine Bürgerinnen und Bürger für Europa zu begeistern.

In diesem Jahr, das als Offenbachjahr gefeiert wird, besteht die besondere Chance, die Beziehungen zu Frankreich auszubauen. In der Tradition Konrad Adenauers sind uns freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich besonders wichtig. Der in Nordrhein-Westfalen geschlossene Aachener Vertrag, der den von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle geschlossenen Élysée-Vertrag aus dem Jahr 1963 ergänzt, ist ein Schub auch für die Einigung Europas.

Ebenso kommt den Beziehungen Kölns zu Großbritannien im Jahr des Brexit besondere Bedeutung zu. Die schon 1952 gegründete Partnerschaft mit Liverpool ist daher wichtiger denn je. Gemeinsam mit den Partnerschaftsvereinen, den zahllosen zivilgesellschaftlichen Verbindungen und dem Verein CologneAlliance e. V. kann ein noch stärkeres "Büro für

internationale Angelegenheiten" der Stadt Köln die Verbindung Kölns in die EU-Staaten intensivieren.

Der seit mehr als 60 Jahren bestehende Ringpartnerschaftsverbund mit den Städten Eschsur-Alzette (Luxemburg), Lille (Frankreich), Lüttich (Belgien), Rotterdam (Niederlande) und Turin (Italien) ist ein herausragendes Beispiel kommunaler Europaarbeit. Sie muss – wie die Städtepartnerschaften insgesamt – im Bewusstsein der Stadtbevölkerung viel stärker verankert werden. Es ist deshalb gut, dass die CDU Fraktion im Rat der Stadt Köln eine höhere Förderung für Austauschprogramme durchgesetzt hat.

In diesem Zusammenhang kann eine Chance darin liegen, das große Potenzial der in Köln ansässigen ausländischen Kulturinstitute stärker mit der Stadtpolitik und der Stadtgesellschaft zu vernetzen. Hierfür muss die Stadtverwaltung Konzepte entwickeln.

Wir setzen uns darüber hinaus das Ziel, die Zahl der Europaschulen in Köln zu erhöhen. Eine Kölner Schule ohne klares europäisches Profil muss in Zukunft undenkbar sein. Zugleich soll die Vernetzung der bestehenden Europaschulen untereinander verbessert werden.

III. Ein starkes Europa trägt Verantwortung in der Welt.

Ein starkes Europa trägt Verantwortung nicht nur für seine mehr als 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch in der Welt: Wir unterstützen daher die Bemühungen um eine globale Migrationspolitik, die Flüchtlinge möglichst nah ihrer Herkunftsregionen versorgt und Fluchtursachen bekämpft. Insbesondere in den Beziehungen zu Afrika muss Europa wirksame Instrumente finden.

Auch die Stadt Köln kann ganz konkret zu besseren Lebensbedingungen in den Ländern des Südens beitragen, so etwa im Bereich des Fairen Handels. Die Auszeichnung "Fair-Trade-Stadt", die Köln erstmals 2011 erhalten hat, ist Ausdruck der Anerkennung des gemeinsames Engagements von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik für den fairen Handel. Wir unterstützen die Stadt in diesem Engagement. Die in Köln und in der Region Köln-Bonn-Rhein-Sieg ansässigen internationalen Organisationen sind ein Potenzial für den internationalen Charakter unserer Stadt. Auch dieses Potenzial gilt es stärker zu nutzen.

IV. Europa braucht den Einsatzder Bürgerinnen und Bürger - nicht nur bei Wahlen.

Europa braucht den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur bei Wahlen. Und dennoch: Am 26. Mai 2019 gilt es, durch eine hohe Wahlbeteiligung und die Unterstützung demokratischer, europafreundlicher Parteien die EU zu stärken, ihre Weiterentwicklung voranzubringen und den Kölnerinnen und Kölnern weiterhin die Chance zu geben, von einem freien, sicheren, offenen und wirtschaftlich starken Europa zu profitieren. Dafür steht die CDU und deshalb bitten wir die Wählerinnen und Wähler um ihre Stimmen.



Unser Klima braucht Bäume. Wir brauchen Bäume.

Beschluss des Kreisparteitages der CDU Köln vom 13.05.2019

Die CDU Köln spricht sich dafür aus, dass die Atemluft spendenden Bäume stärker in unsere unmittelbare Lebenswelt integriert werden.

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln wird gebeten, dies bei zukünftigen Haushaltsberatungen und städtebaulichen Planungsverfahren zu berücksichtigen.



AUSREICHEND SCHWIMMZEITEN FÜR DIE KÖLNER SCHULEN.

Beschluss des Kreisparteitages der CDU Köln vom 13.05.2019

Die CDU Köln bittet die CDU-Ratsfraktion, dafür Sorge zu tragen, dass den Schulen ausreichend Schwimmzeiten in den städtischen Bädern eingeräumt werden.



Endlich wirksame Drogenpolitik beginnen

SB Kalk Antry Drogen politik

Die CDU Köln beschließt, die Kölner Ratsfraktion aufzufordern, sich mit folgenden Punkten für eine wirksamere Drogenpolitik einzusetzen.

Forderungen

- 1. Bekräftigung des Vorhabens, mobile Konsumräume einzurichten und dieses schnellst möglichst anzuschaffen, bzw. die Aufträge an geeignete Träger zu erteilen.
- 2. Ausbau von Beschäftigungsprogrammen für Abhängige, die sich in der Substitution (am Beispiel Kölner Feger)
- 3. Dezentralisierung und Erhöhung der Ausgabestellen über das gesamte Stadtgebiet mit fachlicher Begleitung durch gualifizierte Berater.
- 4. Prüfung von effektiven ordnungsrechtlichen Maßnahmen, um Ansammlungen von Drogenabhängigen zu vermeiden (insb. Neumarkt, Friesenplatz, Breslauer Platz, Wiener Platz). Beispielhaft zu nennen sind: Einrichtung einer mobilen Polizeiwache am Neumarkt und Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes des Gesundheitsamtes und der Drogenambulanz in der Lungengasse.
- 5. Ausbau von Maßnahmen zur Drogenprävention an Schulen

Begründung

- die Anzahl der Drogentoten in Köln stieg in 2018 um +57% (von 49 in 2017 auf 77 in 2018), die Zahl der Schwerstabhängigen in Köln wird auf 3500 geschätzt
- die Drogenkriminalität an zentralen Orten in Köln steigt und führt zu Angstzuständen bei den Bürgern (Beispiel Friesenplatz: Katastrophaler Zustand: Geschäftsleute am Friesenplatz haben Angst vor Junkies, KStA, 16.4.2019)
- Gleichzeitig treten die Bemühungen um stationäre Drogenkonsumräume in Köln auf der Stelle und scheitern zumeist an Anwohnern und Bürgerinitiativen. Mobile Konsumräumen, könnten hier schnelle Abhilfe schaffen. Finanziell sind mobile Lösungen wesentlich kostenärmer. Mit Hilfe von mobilen Konsumräumen kann die Akzeptanz einer solchen Einrichtung bei den Drogenabhängigen geschaffen werden. Die Gefahr von Fehlinvestitionen in stationäre Konsumräume verringert sich. Ziel sollte es sein, stationäre Konsumräume dort zu errichten an denen ihre Akzeptanz durch den Einsatz von mobilen Konsumräumen bewiesen wurde.
- die Ansammlung von Drogenabhängigen an zentralen Plätzen des Kölner Stadtlebens (Beispiel Neumarkt)
 - Insbesondere Kinder müssen auf Schulwegen und in ihrer Freizeit vor einer Normalisierung in ihrer Wahrnehmung geschützt werden, da sich sonst Berührungsängste verringern. "Ist doch normal" darf bei dem Thema Drogen nicht zum Alltag werden
 - beeinträchtigt die Wahrnehmung der Stadt bei Besuchern der Stadt (Touristen, Geschäftsreisende)

Antrag für Kreisparteitag am 27. September 2019

OV Nichl/Weidenpesch Antrong Wahlkumpk

(Antragschluss ist der 3. September 2019)

- 1 Der Kreisparteitag fordert den Kreisparteivorstand auf, für die
- 2 Kommunalwahl 2020 und damit wegweisend für zukünftige Wahlen,
- einen Strategieplan zur Durchführung eines modernen Wahlkampfs
- 4 zu entwickeln.
- 5 Der Kreisvorstand soll einbeziehen, dass der Wahlkampf zukünftig
- 6 verstärkt digital u.a. Onlinekampagne und klimaneutral z.B. durch
- 7 den Einsatz vom recyclebaren Material durchzuführen ist.
- 8 Das Strategiepapier soll zudem eine PR-Strategie enthalten.
- 9 Die CDU Köln soll Vorbildgeber für einen ressourcenschonenden
- 10 Wahlkampf für andere Parteien sein und einen Beitrag zum
- 11 Klimaschutz leisten. Damit zwingt sie die anderen Parteien, zu diesem
- 12 Thema Stellung zu beziehen.

Antrag zum Kreisparteitag der CDU Köln am 2/17/09/2019

Beschlossen durch SB Vorstand am 10.07.2019



- 1 Die CDU Köln möge beschließen:
- 2 Antrag:
- 3 Die CDU Köln beschließt, schnellst möglich, die zuständige Landes- und Bundesebene aufzufordern,
- 4 das fortgeschrittene Konzept zur Stromerzeugung, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von
- 5 Energie der breiten Öffentlichkeit darzustellen und den Inhalt sachgerecht zu vermitteln. Darin sollen
- 6 insbesondere Annahmen über, die Art der Stromerzeuger sowie deren jeweiligen Kapazitäten für den
- 7 Nordrhein-Westfälischen- bzw. deutschen Strommix gemacht werden. Des Weiteren soll der dazu
- 8 notwendige Netzausbau dargestellt werden.

9

Begründung:

- 11 Im Jahr 2018 lag der Anteil der Kernenergie an der deutschen Stromerzeugung bei ~13,2%.
- 12 Im gleichen Zeitraum lagen die Anteile der Kohleverstromung bei ~37,2% (~24% Braunkohle und
- 13 ~13,2% Steinkohle). (https://www.energy-charts.de/energy_pie_de.htm?year=2018&month=4)
- 14 Insgesamt wurden damit in 2018 knapp über 50% des Strombedarfs über Energieträger gedeckt, die
- 15 in den kommenden Jahren sukzessive vom Netz genommen werden. 2022 werden sämtliche
- 16 Kapazitäten aus Atomstrom vom Netz genommen. Parallel werden die ersten Kraftwerkskapazitäten
- 17 bspw. im rheinischen Revier abgeschaltet. Bis 2038 soll nach der WSB-Kommission
- 18 (Kohlekommission) das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland vom Netz gehen.
- 19 Zeitgleich müssen wir feststellen, dass der angestrebte Stromnetzausbau in Deutschland weit hinter
- 20 den geplanten Umsetzungsgeschwindigkeiten zurückbleibt. Von den 5.900 km wurden bisher rund
- 21 600 Trassenkilometer genehmigt und davon knapp 300 km realisiert (9 km im ersten Quartal 2019).
- 22 (https://www.netzausbau.de/leitungsvorhaben/de.html?cms_map=2)
- 23 Ebenfalls zeitgleich werden in einzelnen Bundesländern (bspw. NRW) die Rahmenbedingungen für
- 24 die Errichtung von Windkraftanlagen politisch verschlechtert, indem die Abstandvoraussetzungen zu
- Wohnhäusern erhöht worden sind. (https://w3.windmesse.de/windenergie/pm/31061-nordrhein-
- 26 westfalen-nrw-verband-erneuerbare-energie-bilanz-2018-ausbau-windenergie-solarenergie-pv-
- 27 biomasse-wasserkraft)
- 28 Neue Gaskraftwerke mit nennenswerte Kapazität werden aus Kostengründen durch die freie
- 29 Wirtschaft nicht gebaut.
- 30 In dieser Sachlage, stellt sich unmittelbar die Frage, wie der Strommix der Zukunft aussehen soll, wie
- 31 viele Kapazitäten fehlen und wie eine stabile Versorgung sichergestellt werden kann.
- Wie soll der Strommix der Zukunft aussehen? Diese Frage muss die CDU den Bürger beantworten.

Dr. Eckhart Treunert, AK für Umwelt Landschaft- und Tierschutz

Datum 20.06.2019

Antrag des AK Umwelt-, Landschafts- und Tierschutz zur Berücksichtigung von Ausnahmesituationen an Messstationen

Der Kreisparteitag möge beschließen, sich für eine sachgerechte, die Situation zum Messzeitpunkt berücksichtigende Immissionsbewertung in deutschen Innenstädten, einschließlich Kölns, einzusetzen.

Die Anlage 3 der BimschV ist folgendermaßen zu ergänzen:

Messstationen, deren Messwerte durch Baumaßnahmen und Umleitungen vorübergehend erhöhte Werte anzeigen, sollen zur Kontrolle und Reduzierung der zusätzlichen Belastungen am bisherigen Ort bleiben vor allem, wenn dieser unabhängig von der Baumaßnahme eine langfristige Eignung besitzt. Die Heranziehung zwischenzeitlich erhöhter Werte zur Begründung von Gegenmaßnahmen außerhalb des von den Baumaßnahmen und zugehörigen Verkehrs betroffenen Gebietes ist aber auf jeden Fall auszuschließen.

Begründung

Auch die Diskussion um Messstationen, die durch Baumaßnahmen und Umleitungen für begrenzte Zeit erhöhte Messwerte anzeigen, sollte versachlicht werden. Hier scheint uns nicht die Verlegung der Stationen, sondern gerade die nachhaltige Verbesserung vergleichbarerer Messwerte sowohl während als auch nach der Beendigung der Baumaßnahmen die zielführendere Maßnahme zu sein. Der Angst davor, dass solche vorübergehenden Messwerte, flächendeckende Dieselfahrverbote begründen, soll soweit nötig, durch die vorgeschlagene Ergänzung im Immissionsgesetz, begegnet werden.

Wichtig ist es, mit diesem Antrag deutlich zu machen, dass es auch der CDU darum gehen muss, für eine nachhaltige Verringerung der Luftschadstoffe und damit zur Verbesserung der Gesundheit der Anwohner zu sorgen. Gleichzeitig darf das aber nicht zu einer übermäßigen finanziellen Belastung einzelner Bevölkerungsgruppen führen.

Des Weiteren scheint uns die Diskussion viel zu verengt auf Stickstoffdioxid und Dieselfahrzeuge zu sein. Ursache für diese Fehlentwicklung sehen wir (neben den bisher unzureichenden Emissions-Messverfahren für Kfz) in der eingangs beschriebenen politisch motivierten Festlegung der zurzeit gültigen Grenzwerte, die der gesundheitlichen Bedeutung von PM10-Feinstaub weniger als der von Stickstoffdioxid gerecht wird.



Dr. Eckhart Treunert, AK für Umwelt Landschaft- und Tierschutz

Antrag des AK Umwelt-, Landschafts- und Tierschutz...

Der Kreisparteitag möge beschließen, sich intensiv für eine nachhaltige Verbesserung der Immissionsbelastung deutscher Innenstädte, einschließlich Kölns, einzusetzen.

Die Feinstaub- und die Stickstoffdioxid-Belastung der Innenstädte sind weiter zu reduzieren. Dies erfordert jedoch kontinuierliche und nachhaltige Anstrengungen auf vielen Ebenen und keine lokalen Fahrverbote, für einzelne Verkehrsgruppen, die am Gesamtproblem zu hoher Immissionsbelastungen in deutschen Innenstädten nur wenig ändern.

Unser Ziel ist es daher, durch nachhaltige Minderungsmaßnahmen (u.a. umweltfreundliche Antriebstechniken, Verkehrsleitsysteme, Städte- und Straßenbau), deren Wirkungen sich spätestens in 10 Jahren ausreichend entfalten sollten, die gesundheitlich relevanten Richtwerte der WHO zu erreichen. Um dieses verbindlich festzuschreiben, fordern wir auf geeignetem Weg die Bundesregierung zu veranlassen, dass die Bundesimmissionsschutzverordnung für Feinstaubbelastung im Sinne der WHO-Richtwerte unter Berücksichtigung des Zeitraumes von 10 Jahren geändert wird.

Begründung:

Für die Richtwerte der WHO zur mittleren jährlichen Feinstaub- und Stickoxidbelastung wurden bis 2006 mehr als 600 Studien ausgewertet, woraus sich gesundheitsschädliche Auswirkungen von Feinstaub ab 20 μg/m³ und für Stickstoffdioxid ab 40 μg/m³ nachweisen ließen. Im Gegensatz zu Stickstoffdioxid wurde jedoch der Grenzwert für den Jahresmittelwert von PM10-Feinstaub für Innenstädte gegenüber dem Richtwert der WHO auf 40 μg/m³ verdoppelt. Diesen können alle dt. Städte bis auf ganz wenige wie Stuttgart inzwischen einhalten. Dass dieser Grenzwert für Feinstaub aber nicht ausreicht, wurde inzwischen u.a. von einem Expertengremium der Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften) bestätigt, das im Auftrag der Bundesregierung die Luftschadstoffgrenzwerte neu bewerten sollte. https://www.leopoldina.org/presse-1/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/2609/

Gleichzeitig hält das Expertengremium aber nur wenig davon, bei geringen Grenzwertüberschreitungen beim Stickstoffdioxid lokale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge auszusprechen. Im Gegensatz zum Feinstaub als Stoffgemisch handele es sich bei Stickstoffdioxid nur um eine einzige Komponente, die zu großen Anteilen auch noch in Feinstaub umgewandelt werde. Da die Überschreitungen bezogen auf die Richtwerte der WHO deutschlandweit aber keineswegs höher lägen, seien sie gegenüber PM10-Feinstaub ein eher untergeordnetes Problem, das mit der innerstädtischen Verkehrswende zu mehr Elektro- und Radmobilität nachhaltig zu lösen sei.

Mit dem vorgeschlagenen Zeitraum von 10 Jahren (max. 2030) in der BImSchV bis die Richtwerte der WHO überall eingehalten werden sollten, könnten sowohl individuelle Härten vermieden als auch die

I	ligenter Verkehrslenkung	ner Elle realisierbar sein. Dazu könnte nicht zuletzt a ligenter Verkehrslenkungsmaßnahmen zur Vermeid eitragen.

Antrag 1:

"Grundsatzentscheidung zur Mobilität" von CDU Köln – Zukunft jetzt!

- Der Kreisparteitag der CDU Köln bittet den Kreisvorstand, im Zusammenwirken mit der Fraktion, die Erstellung eines Konzeptes zur Überarbeitung und Weiterentwicklung des Masterplans Köln Mobil 2025 in die Wege zu leiten. Ein Kreisparteitag soll hierüber noch im Jahre 2022 beraten.
- 2. Der Kreisparteitag der CDU Köln bittet die Ratsfraktion, dass etwaige Diskussionsergebnisse eines inhaltlichen Parteitages in Gespräche mit den Bündnispartnern eingebracht werden. Dabei geht es insbesondere um ein Gesamtverkehrskonzept, in welches die Idee des Masterplan Parken, die Definition der Hauptverkehrsachsen, die ÖPNV Roadmap, der sustainable mobility plan usw. mit einfließen.

Antrag 2:

"Mehr Beteiligung der Parteimitglieder bei relevanten Themen Kölner Stadtpolitik" von CDU Köln – Zukunft jetzt!

Der Kreisparteitag der CDU Köln bittet den Kreisvorstand, zukünftig zu wichtigen stadtrelevanten Themen auch von dem durch §19 Satzung der CDU Köln zur Verfügung stehenden Instrument der Mitgliederbefragung Gebrauch zu machen, auch in Form digitaler Umfragen.

Antrag 3:

"Ausstattung von Nahverkehrszügen mit Automatischen Externen Defibrillatoren (AEDs)" von der Jungen Union Köln

Die CDU Köln fordert den Vergabeausschuss des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland (NVR) dazu auf, bei künftigen Ausschreibungen von Schienenpersonennahverkehren im Rheinland das Mitführen von automatisierten externen Defibrillatoren (AEDs) an Bord eines jeden Zuges für an der Bewerbung teilnehmende Bahnunternehmen verpflichtend zu machen.

Antrag 4:

"Wirksamere Drogenpräventionsarbeit an Kölner Schulen" von der Jungen Union Köln

Die CDU Köln bittet die Ratsfraktion, sich umfassend mit dem bestehenden Drogenpräventionskonzept für Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter zu beschäftigen und Verbesserungen anzustreben. Insbesondere soll dabei die Effektivität der bereits bestehenden Drogenpräventionsseminare erfasst und evaluiert werden.

KPT 20.03.2022

Antrag 5:

"Forderung der JU Köln zur Modernisierung und Weiterentwicklung der "Stadt Köln App" von der Jungen Union Köln

Die CDU Köln begrüßt die Entwicklung der "Stadt Köln"-App. Die Bereitstellung, Entwicklung und Unterhaltung einer städtischen Applikation ist ein wichtiger Schritt zu einer digitalen Metropole. Die CDU Köln bewertet die App in ihrem jetzigen Stand jedoch als mangelhaft. Die CDU Köln fordert die Stadt Köln auf, die App weiterzuentwickeln und Mängel zu beheben.

Antrag 1:

"Beschlüsse Kreisparteitage und deren Umsetzung" von CDU Köln – Zukunft jetzt!

Der Vorstand der Kölner CDU wird beauftragt, bis zum nächsten regulären Kreisparteitag eine Auflistung aller Beschlüsse der Kreisparteitage der letzten 3 Jahre vorzulegen und zu berichten, inwieweit die Beschlüsse umgesetzt wurden.

Antrag 2:

"Schulbau" von CDU Köln – Zukunft jetzt!

Die CDU Köln unterstützt die Zielsetzung der CDU-Ratsfraktion, jedem Kind bis 2025 einen wohnortnahen Schulplatz in der gewünschten Schulform zu garantieren. Durch weitere Schulbauprojekte und die neue Schulbau-GmbH soll der Planungs- und Erstellungsprozess für die Modernisierung und der Neubau von Schulen massiv beschleunigt werden. Sie fordert, dass in den kommenden Jahren mit höchster Priorität Schulen gebaut werden. Die Vorgaben des Schulgesetzes sind auch in Köln umzusetzen.

Antrag 3:

"Für eine zukunftsorientierte und strukturelle Neuausrichtung der CDU Köln" von der Jungen Union Köln

Der Kreisparteitag der CDU Köln möge beschließen:

Die CDU Köln sieht sich nach dem ernüchternden Erst- und Zweitstimmenergebnis der letzten Wahlen für sie und ihre Kandidaten zu einer tiefgreifenden strukturellen Reform veranlasst. Insbesondere verpflichtet sich die CDU Köln dazu, künftig einen besonderen Fokus auf die Authentizität von Mandats- und Funktionsträgern zu legen; die fachliche und charakterliche Eignung darf dabei indessen nicht zur Nebensache werden. Die Repräsentanten der CDU Köln müssen daher künftig einen größeren Teil der Kölner Gesellschaft repräsentieren. Insbesondere muss dafür der Anteil von unterrepräsentierten Personengruppen (Frauen, jungen Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie besonders qualifizierte Seiteneinsteiger¹) beträchtlich erhöht werden.

- Die CDU Köln führt regelmäßig, mindestens jährlich, eine Mitgliederwerbekampagne durch, die insbesondere auf in der Partei unterrepräsentierte Personengruppen zielt. Der Parteivorstand wird beauftragt, besonders qualifizierte Seiteneinsteiger unter unseren Mitgliedern gezielt zu identifizieren und zu fördern.
- 2. Die Zusammensetzung der Wahlvorschlagslisten soll das demographische Stadtbild spiegeln.
- 3. Die CDU Köln wird mit einem eigenen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters in die Kommunalwahl 2025 gehen.
- 4. Der Findungsprozess eines Kandidaten der CDU für das Amt des Oberbürgermeisters beginnt so früh, dass die Kampagne zur Kommunalwahl bestmöglich auf den Kandidaten zugeschnitten und dieser bekannt gemacht werden kann. Die Aufstellung erfolgt spätestens sechs Monate vor der Aufstellung der Reserveliste. Der Findungsprozess hat jederzeit größtmögliche Transparenz zu wahren und ist dauerhaft basisoffen zu organisieren. Verschiedene Interessenten sind soweit vorhanden der Parteibasis unmittelbar nach Interessensbekundung anzuzeigen.
- 5. Die Kandidaten zur Bundestagswahl 2025 werden eng in die Gestaltung des gemeinsamen Kommunal- und Bundestagswahlkampfes eingebunden. Bei der Auswahl der Kandidaten für die Bundestagswahl werden die jeweiligen Aufstellungsversammlungen gebeten, das demografische Stadtbild angemessen zu berücksichtigen.